



Sitzung vom

22. Februar 2022

Mitgeteilt den

24. Februar 2022

Protokoll Nr.

148/2022

### **Fraktionsanfrage SVP**

betreffend vereinfachtes BAB-Verfahren, mehr Kompetenz den Gemeinden

### **Antwort der Regierung**

*Zu Frage 1:* Die Fristen für das Amt für Raumentwicklung (ARE) als Fachstelle für Verfahren betreffend Bauten ausserhalb der Bauzone (BAB) sind in Art. 49 Abs. 2 der kantonalen Raumplanungsverordnung (KRVO; BR 801.110) enthalten. BAB-Verfahren mit dreimonatiger Frist sind mit Abstand die häufigsten. Von deren 1131 Gesuchen im 2021 wurden bei 94 % die Frist eingehalten. Die Bearbeitungszeit, welche die Gemeinden in Anspruch nehmen, sind hier nicht berücksichtigt. Diese ist weder in Art. 49 Abs. 2 KRVO enthalten noch werden sie systematisch erfasst. Im Jahr 2021 mussten daneben rund 40 Prozent der BAB-Verfahren seitens ARE sistiert werden, in den allermeisten Fällen aufgrund der Überweisung unvollständiger Baugesuchsakten oder eines fehlenden Bewilligungsantrags seitens der Gemeinden. Im Lichte dessen ist festzustellen, dass die Bearbeitungszeiten für die Behandlung von BAB-Verfahren – soweit dies die Bearbeitung durch den Kanton betrifft – nicht zu lang sind.

*Zu den Fragen 2, 3 und 4:* Die zuständige kantonale Behörde hat gemäss Art. 25 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG; SR 700) bei allen BAB zu entscheiden, ob sie zonenkonform sind oder ob für sie eine Ausnahmegewilligung erteilt werden kann. Bei der Beurteilung von BAB-Gesuchen handelt es sich somit um eine den Kantonen zugewiesene bundesrechtliche Aufgabe, welche nicht an kommunale Behörden delegiert werden kann (s. auch BGE 128 I 254). Eine Übertragung der Kompetenz für BAB-Entscheide auf Gemeinden ist somit bereits von Bundesrechts wegen ausgeschlossen.

Der in der Fraktionsanfrage angesprochene Art. 40 KRVO enthält demgegenüber einen Katalog von baubewilligungsfreien Bauvorhaben, d.h. von Vorhaben, die grundsätzlich weder innerhalb noch ausserhalb der Bauzonen einer Baubewilligung bedürfen. Diese Bestimmung beachtet Art. 22 Abs. 1 RPG, welcher eine gesamtschweizerische, einheitliche Bewilligungspflicht für die Errichtung und Änderung von Bauten und Anlagen begründet. Was unter die bundesrechtliche Bewilligungspflicht fällt, kön-

nen die Kantone nicht bewilligungsfrei erklären. Damit sind der kantonalen Rechtsetzung und -anwendung klare Grenzen gesetzt, welche im Übrigen von der Rechtsprechung konkretisiert wurden. Der vorhandene Spielraum wird im kantonalen Recht, so auch in Art. 40 KRVO, bereits ausgeschöpft. Im Übrigen sind bewilligungsfreie Reparatur- und Unterhaltsarbeiten im Sinne von Art. 40 Ziffer 1 KRVO gemäss ständiger Rechtsprechung nur solche Massnahmen, welche die Erhaltung bestehender Bauten in ihrer inneren und äusseren Form und Zweckbestimmung durch Instandstellung oder Ersetzung defekter Teile anstreben (vgl. Entscheide des Verwaltungsgerichts, R 09 62 E. 4b und R 10 119, E. 3b). Änderungen im innern von BAB, auch geringfügige, bedürfen zwingend einer kantonalen BAB-Bewilligung (Art. 40 Ziff. 2 KRVO), was sich unmittelbar aus Bundesrecht ergibt (insbesondere Art. 24c Abs. 2 RPG und Art. 42 Abs. 3 der Raumplanungsverordnung, RPV; SR 700.1). Zudem sind bei BAB auch blosse Zweckänderungen ohne bauliche Massnahmen der Ausnahmbewilligungspflicht unterworfen (Art. 24a RPG). Die Kompetenz zur Beurteilung, ob ein konkretes Vorhaben Art. 40 KRVO erfüllt, liegt bereits bei den Gemeinden (Art. 40a KRVO). Aus der Vielzahl der Anfragen, die diesbezüglich von Seiten der kommunalen Baubehörden beim ARE eingehen, zeigt sich in der Praxis allerdings eine gewisse Unsicherheit. Insofern würde das ARE eher dadurch entlastet, wenn die Gemeinden ihren Spielraum routinierter und gefestigter ausüben könnten.

*Zu Frage 5:* Nach ständiger Praxis wird die Denkmalpflege (DP) nur dann ins BAB-Verfahren miteinbezogen, wenn das Baugesuch ein bestehendes, nach kantonalem Recht inventarisiertes Schutzobjekt tangiert bzw. eine Baute betrifft, bei der Anhaltspunkte dafür bestehen, dass sie einen entsprechenden Status aufweist. Ebenso wenn das Inventar der schützenswerten Ortsbilder nationaler Bedeutung (ISOS) durch das Baugesuch betroffen ist. Die entsprechende Pflicht zur Anhörung der Denkmalpflege ergibt sich daraus, dass die Erteilung einer BAB-Bewilligung nach der Praxis des Bundesgerichts in Erfüllung einer Bundesaufgabe im Sinne von Art. 78 Abs. 2 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV; SR 101) und Art. 2 des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (NHG; SR 451.000) erfolgt. Die vorgenannten Konstellationen liegen bei rund 10 Prozent der BAB-Gesuche vor. Der Einbezug der DP erfolgt somit nicht grundsätzlich, sondern aufgrund einer konkreten räumlichen Situation und vor dem Hintergrund einer rechtskonformen Verfahrensabwicklung. Dies ist aus Sicht der Regierung zielführend.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

**Fraktionsanfrage SVP betreffend vereinfachtes BAB-Verfahren, mehr Kompetenz den Gemeinden  
(Erstunterzeichner Gort)**

Nach dem kantonalen Raumplanungsgesetz KRG ist für eine ordentliche Bewilligung ausserhalb der Bauzone eine Bewilligung der kantonalen Behörde zwingend. Daraus ergibt sich, dass Bauten im vereinfachten Verfahren keine Bewilligung vom ARE benötigen.

Nach Art. 40 «Nicht baubewilligungspflichtige Bauvorhaben» der KRVO gilt für das vereinfachte Verfahren:

«Sofern die Vorschriften des materiellen Rechts eingehalten werden, bedürfen folgende Bauvorhaben keiner Baubewilligung:

1. Reparatur- und Unterhaltsarbeiten an bestimmungsgemäss nutzbaren Bauten und Anlagen, sofern sie nur der Werterhaltung dienen und die Baute und Anlage dadurch keine Änderung oder Zweckänderung erfährt;
  2. Geringfügige Änderungen im Innern von Bauten und Anlagen mit Ausnahme von Änderungen der Nutzfläche oder der Anzahl Räume, ausgenommen ausserhalb der Bauzonen;
  3. Zweckänderungen ohne erhebliche Auswirkungen auf die Nutzungsordnung, ausgenommen ausserhalb der Bauzonen;
  4. Neueindeckung von Dächern mit gleichem oder ähnlichem Dachmaterial;
  5. Gebäude mit einem Volumen bis zu 5 m<sup>3</sup> (Kleinbauten) sowie Fahrradunterstände mit einer Grundfläche bis zu 4.0 m<sup>2</sup>;
- [...]

Mit einer für die Gemeindeautorität positiven Auslegung könnte vieles als Unterhalt angeschaut und ausgelegt und von den Gemeinden direkt genehmigt werden. Auch Punkt 4 lässt einen Spielraum im Sinne des Betrachters zu. Wenn man nun bei BAB mehr auf Gemeindeebene direkt entscheiden möchte, würden wir Folgendes begrüssen:

- a. Änderungen im Innern sollten grundsätzlich Sache der Gemeinde sein. Die Gesetzgebung des Kantons ist diesbezüglich eindeutig.
- b. Neueindeckungen von Dächern sollten grundsätzlich in der Kompetenz der Gemeinde liegen. Die Gesetzgebung des Kantons ist diesbezüglich «relativ» eindeutig.
- c. Öffnungen/Fenster sollten bis zu einer gewissen Grösse auch ohne Rückmeldung vom ARE/Denkmalpflege möglich sein.
- d. Anpassungen auf Verlangen von Behörden (ALG, ANU usw.) sollten auf Gemeindeebene bewilligt werden können, ohne dass man dieses vom ARE absegnen lassen muss.
- e. Eine grosse Hilfe wäre, wenn die Denkmalpflege nicht grundsätzlich in den Entscheid des ARE miteinbezogen würde, sondern ausschliesslich bei Gebäuden, welche als schützenswert oder erhaltenswert gekennzeichnet wurden.

Die SVP Fraktion gelangt mit folgenden Fragen an die Regierung:

1. Geht die Regierung mit uns einig, dass die Bearbeitungszeiten bei BAB-Verfahren zum Teil sehr lange – zu lange – dauern?
2. Geht die Regierung mit uns einig, dass das ARE mit mehr BAB-Kompetenz der Gemeinde entlastet würde?
3. Stützt die Regierung die Ansicht, dass relativ viele Bauten ausserhalb der Bauzone via Unterhalt auf Gemeindeebene bewilligt werden könnten?
4. Könnte sich die Regierung vorstellen, bei Punkt a. bis d. den Gemeinden mehr BAB-Kompetenz zu übergeben?
5. Geht die Regierung mit uns einig, dass ein grundsätzlicher Einbezug der Denkmalpflege weder wirtschaftlich noch zielführend ist?

Chur, 8. Dezember 2021

**Gort, Hefti, Dürler, Brandenburger, Della Cà, Favre Accola, Grass, Hug, Koch, Salis, Renkel, Stocker**



Sesida dals

22 da favrer 2022

Communitgà ils

24 da favrer 2022

Protocol nr.

148/2022

## Dumonda da la fracziun da la PPS

concernent la procedura EOZ simplifitgada, dapli cumpetenz a las vischnancas

### Resposta da la Regenza

*Tar la dumonda 1:* Ils termins per l'Uffizi per il svilup dal territori (UST) sco post specialisà per proceduras concernent edifizis e stabiliments ordaifer la zona da construcziun (EOZ) èn cuntegnids en l'art. 49 al. 2 da l'Ordinaziun davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun (OPTGR; DG 801.110). Proceduras EOZ cun in termin da 3 mais èn lunschor las pli frequentas. Tar 94 pertschient da las 1131 dumondas l'onn 2021 è il termin vegnì observà. Il temp d'elavuraziun che las vischnancas dovran n'è betg resguardà qua. Quel n'è betg cuntegnì en l'art. 49 al. 2 OPTGR e na vegn betg registrà systematicamain. L'onn 2021 han ultra da quai var 40 pertschient da las proceduras EOZ stuì vegnir sistidas da vart dal ARE, per la gronda part perquai che las actas da la dumonda da construcziun eran vegnidas inoltradas en moda incumpleta u perquai che las vischnancas n'avevan betg agiuntà ina dumonda da permissiun. Sut quest aspect èsi da constatar ch'ils temps d'elavuraziun per il tractament da proceduras d'approvaziun EOZ n'èn – uschenavant che quai pertutga l'elavuraziun tras il chantun – betg memia lungas.

*Tar las dumondas 2, 3 e 4:* L'autorità chantunala cumpetenta sto decider tenor l'art. 25 al. 2 da la Lescha federala davart la planisaziun dal territori (LPT; CS 700) tar tut ils EOZ, sch'els èn confurms a la zona e sch'i po vegnir concedì per els ina permissiun excepziunala. Tar il giudicament da dumondas EOZ sa tracti pia d'ina incumbensa renconuschida dal dretg federal assegnada als chantuns che na po betg vegnir delegada ad autoritads communalas (cf. er DTF 128 I 254). Ina surdada da la cumpetenz per decisiuns EOZ a las vischnancas è esclusa pia gia pervia dal dretg federal. L'art. 40 OPTGR tematisà en la dumonda da la fracziun cuntegna da l'autra vart in catalog da projects da construcziun che na basegnan nagina permissiun da construcziun, q.v.d. projects che na dovran da princip ina permissiun da construcziun ni a l'intern ni a l'extern da las zonas da construcziun. Questa disposiziun resguarda l'art. 22 al. 1 LPT che stabilescha in'obligaziun da permissiun unitara en l'entira Svizra per construir e per midar edifizis e stabiliments. Tge ch'è suttamess a l'obligaziun da dumandar ina permissiun tenor il dretg federal, na pon ils chantuns betg declarar

senza ina permissiun. Uschia è tschentads clers cunfins a la legislaziun chantunala ed a l'applicaziun dal dretg chantunal, che vegnan dal rest concretisads da la giurisdicziun. La libertad d'agir avant maun vegn gia exaurida en il dretg chantunal, uschia er en l'art. 40 OPTGR. Dal rest è lavurs da reparatura e da mantegniment senza ina permissiun en il senn da l'art. 40 cifra 1 OPTGR tenor la giurisdicziun permanenta mo talas mesiras che han en mira da mantegnair edifizis existents en lur furma ed en lur destinaziun interna ed externa tras la reparaziun u tras il remplazzament da parts defectas (cf. decisiuns da la Dretgira administrativa, R 09 62, cons. 4b, ed R 10 119, cons. 3b). Midadas a l'intern dals EOZ – er minimalas – dovran stringentamain ina permissiun EOZ chantunala (art. 40 cifra 2 OPTGR). Quai resulta directamain dal dretg federal (en spezial l'art. 24c al. 2 LPT e l'art. 42 al. 3 da l'Ordinaziun davart la planisaziun dal territori, OPT; (CS 700.1). Ultra da quai è er simplas midadas da l'intent tar EOZ senza mesiras architectonicas suttamessas a l'obligaziun d'ina permissiun excepziunala (art. 24a LPT). La cumpetenzza per giuditgar, sch'in project concret ademplescha l'art. 40 OPTGR, sa chatta gia tar las vischnancas (art. 40a OPTGR). Il grond dumber da dumondas ch'entran en quest regard da vart da las autoritads da construcziun communalas tar il UST, mussa dentant ina tscherta malsegirezza en la pratica. En quel senn vegniss il UST plitost distgargià, sche las vischnancas pudessan exequir lur libertad d'agir en moda pli rutinada e consolidada.

*Tar la dumonda 5:* Tenor la pratica constanta vegn la Tgira da monuments resguardada en la procedura EOZ mo, sche la dumonda da construcziun tanghescha in object existent protegì inventarisà tenor il dretg chantunal resp. pertutga in edifizis, nua ch'i existan indizis ch'el mussa in status correspondent. Medemamain, sche l'Inventari federal dals lieus svizzers d'importanza naziunala degns da protecziun (ISOS) è pertutgà tras la dumonda da construcziun. L'obligaziun correspondent da tadlar la Tgira da monuments resulta da quai che la concessiun d'ina permissiun EOZ succeda – tenor la pratica dal Tribunal federal – ademplind ina incumbensa federala en il senn da l'art. 78 al. 2 da la Constituziun federala da la Confederaziun svizra (Cst; CS 101) e da l'art. 2 da la Lescha federala davart la protecziun da la natira e da la patria (LPNP; CS 451.000). Las constellaziuns numnadas qua survart èn avant maun tar var 10 pertschient da las dumondas EOZ. L'integraziun da la Tgira da monuments na succeda perquai betg en general, mabain mo sin basa d'ina situaziun territoriala concreta e sut l'aspect d'ina liquidaziun da la procedura conform al dretg. Ord vista da la Regenza è quai cunvegnent.



En num da la Regenza

Il president:

Marcus Caduff

Il chancelier:

Daniel Spadin

## Dumonda da la fracziun da la PPS concernent la procedura EOZ simplifitgada, dapli cumpetenzza a las vischnancas (emprim sutsegnader Gort)

Tenor la Lescha davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun (LPTGR) è stringentamain necessaria ina permissiun da l'autorità chantunala per ina permissiun ordinaria ordaifer la zona da construcziun. Qua tras resulta che edifizis en la procedura simplifitgada na dovran nagina permissiun dal UST.

Tenor l'art. 40 «Projects da construcziun che na basegnan betg ina permissiun da construcziun» da la OPTGR vala per la procedura simplifitgada:

«Sche las prescripziuns dal dretg material vegnan observadas, na basegnan ils suandants projects da construcziun nagina permissiun da construcziun:

1. Lavurs da reparatura e da mantegniment vi d'edifizis e vi da stabiliments ch'èn utilisabels conform a l'intent, sche quellas lavurs servan mo a mantegnair la valur e sch'i na dat betg ina midada u ina midada da l'intent da l'edifizis u dal stabiliment;
2. Midadas minimalas a l'intern d'edifizis e da stabiliments cun excepziun da midadas da la surfatscha utilisada u dal dumber da las localitads, exceptà ordaifer las zonas da construcziun;
3. Midadas d'intent senza consequenzas considerablas per l'urden d'utilisaziun, exceptà ordaifer las zonas da construcziun;
4. Nova cuvrida da tetgs cun il medem material da cuvrida u cun in material da cuvrida sumegliant;
5. Edifizis cun ina dimensiun fin 5 m<sup>3</sup> (edifizis pitschens) sco er sustas da velos cun ina surfatscha fin 4,0 m<sup>2</sup>;

[...]

Cun ina interpretaziun positiva per l'autorità communal pudess bler vegnir considerà ed interpretà sco mantegniment ed er vegnì approvà directamain da las vischnancas. Er il punct 4 permetta ina libertad d'agir en il senn da la contempladra e dal contemplader. Sch'ins vul ussa en cas dad EOZ decider dapli en moda directa sin plaun communal, beneventassan nus il suandant:

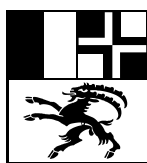
- a. Midadas a l'intern duessan da princip esser chausa da la vischnanca. La legislaziun dal chantun è en quest regard clera.
- b. Novas cuvridas da tetgs duessan da princip esser en la cumpetenzza da la vischnanca. La legislaziun dal chantun è en quest regard «relativamain» clera.
- c. Cucheras/fanestras duessan esser pussaivlas fin ina tscherta grondezza er senza resun dal UST/da la Tgira da monuments.
- d. Adattaziuns sin dumonda da las autoritads (UAG, UNA e.u.v.) duessan pudair vegnir permissas sin plaun communal, senza stuair vegnir approvadas dal UST.
- e. In grond agid fissi, sche la Tgira da monuments na vegniss betg integrada da princip en la decisiun dal UST, mabain mo tar edifizis ch'èn vegnids marcads sco degns da protecciun u degns da mantegniment.

La fracziun da la PPS sa drizza cun las suandantas dumondas a la Regenza:

1. È la Regenza d'accord cun nus, ch'ils temps d'elavuraziun duran per part fitg ditg – memia ditg – tar proceduras EOZ?
2. È la Regenza d'accord cun nus, ch'il UST vegniss distgargià, sche las vischnancas survegnissan dapli cumpetenzas en dumondas dad EOZ?
3. Sustegna la Regenza l'avis che relativamain blers edifizis ordaifer la zona da construcziun pudessan vegnir permiss via mantegniment sin plaun communal?
4. Pudess la Regenza s'imaginar da surdar tar punct a. fin d. ina pli gronda cumpetenzza dad EOZ a las vischnancas?
5. È la Regenza d'accord cun nus, ch'ina integraziun generala da la Tgira da monuments n'è ni economica ni cunvegnetta?

Cuira, ils 8 da december 2021

**Gort**, Hefli, Dürler, Brandenburger, Della Cà, Favre Accola, Grass, Hug, Koch, Salis, Renkel, Stocker



Seduta del

22 febbraio 2022

Comunicato il

24 febbraio 2022

Protocollo n.

148/2022

### **Interpellanza di frazione UDC**

concernente la procedura EFZ semplificata, più competenze ai comuni

### **Risposta del Governo**

*In merito alla domanda 1:* i termini per l'Ufficio per lo sviluppo del territorio (UST-GR) quale servizio specializzato per le procedure per edifici fuori dalla zona edificabile (EFZ) sono disciplinati nell'art. 49 cpv. 2 dell'ordinanza sulla pianificazione territoriale del Cantone dei Grigioni (OPTC; CSC 801.110). Le procedure EFZ con un termine di tre mesi sono di gran lunga le più frequenti. Nel 2021 il termine è stato rispettato nel 94% delle corrispondenti 1131 domande. In questa sede non si tiene conto del tempo di elaborazione dei comuni. Questo tempo non è né stabilito nell'art. 49 cpv. 2 OPTC né viene rilevato in modo sistematico. Nel 2021 l'UST-GR ha anche dovuto sospendere circa il 40% delle procedure EFZ, nella maggior parte dei casi a seguito di domande di costruzione incomplete o della mancanza di una domanda di autorizzazione da parte dei comuni. Alla luce di quanto esposto si deve constatare che i tempi di elaborazione per l'evasione di procedure EFZ, almeno per quanto riguarda l'evasione da parte del Cantone, non sono troppo lunghi.

*In merito alle domande 2, 3 e 4:* conformemente all'art. 25 cpv. 2 della legge federale sulla pianificazione del territorio (LPT; RS 700) l'autorità cantonale competente deve decidere per tutti i progetti EFZ se siano conformi alla zona o se un'eccezione possa essere autorizzata. La valutazione delle domande EFZ è quindi un compito che il diritto federale ha assegnato ai Cantoni che non può essere delegato alle autorità comunali (v. anche DTF 128 I 254). Un trasferimento della competenza per decisioni EFZ ai comuni è quindi escluso già dal diritto federale.

Per contro l'art. 40 OPTC menzionato nell'interpellanza di frazione contiene un elenco di progetti di costruzione non sottoposti all'obbligo di licenza edilizia, vale a dire progetti che in linea di principio non necessitano di una licenza edilizia né all'interno né fuori delle zone edificabili. Questa disposizione tiene conto dell'art. 22 cpv. 1 LPT che crea un obbligo di autorizzazione uniforme a livello svizzero per la costruzione e la trasformazione di edifici e impianti. I Cantoni non possono dichiarare esente dall'obbligo di autorizzazione ciò che rientra nell'obbligo di autorizzazione secondo il diritto federale. Questo pone limiti chiari per l'attività legislativa cantonale e la

sua applicazione, che del resto sono state concretizzate dalla giurisprudenza. Il margine di manovra esistente per il diritto cantonale viene già esaurito, anche nell'art. 40 OPTC. Per il resto secondo la giurisprudenza costante sono lavori di riparazione e di manutenzione esenti dall'obbligo di autorizzazione ai sensi dell'art. 40 n. 1 OPTC solo le misure che mirano a preservare la forma e la destinazione d'uso interna ed esterna di edifici esistenti mediante sistemazione o sostituzione delle parti difettose (cfr. decisioni del Tribunale amministrativo R 09.62 consid. 4b e R 10 119, consid. 3b). Modifiche all'interno di EFZ, anche se insignificanti, necessitano imperativamente di un permesso EFZ cantonale (art. 40 n. 2 OPTC), il che risulta direttamente dal diritto federale (in particolare dall'art. 24c cpv. 2 LPT e dall'art. 42 cpv. 3 dell'ordinanza sulla pianificazione del territorio, OPT; RS 700.1). Inoltre in caso di EFZ anche semplici modifiche di destinazione senza lavori di trasformazione sono soggette all'obbligo di autorizzazione eccezionale (art. 24a LPT). In aggiunta la competenza di valutare se un progetto concreto soddisfa i presupposti di cui all'art. 40 OPTC spetta già ai comuni (art. 40a OPTC). Tuttavia dalle numerose richieste che le autorità edilizie comunali rivolgono all'UST-GR a questo proposito emerge una certa incertezza nella prassi. L'UST-GR verrebbe sgravato se i comuni sfruttassero con maggiore perizia e uniformità il margine di manovra di cui dispongono.

*In merito alla domanda 5:* secondo la prassi costante il Servizio monumenti (SM) viene coinvolto nella procedura EFZ solo se la domanda di costruzione interessa un oggetto inserito nell'inventario degli oggetti da proteggere secondo il diritto cantonale oppure se interessa un edificio per il quale vi sono indizi che possa presentare uno status corrispondente. Lo stesso vale se la domanda di costruzione interessa l'inventario degli insediamenti svizzeri da proteggere (ISOS). Il corrispondente obbligo di sentire il Servizio monumenti risulta dal fatto che, secondo la prassi del Tribunale federale, il rilascio di un'autorizzazione EFZ avviene in adempimento di un compito federale ai sensi dell'art. 78 cpv. 2 della Costituzione federale della Confederazione Svizzera (Cost.; RS 101) e dell'art. 2 della legge federale sulla protezione della natura e del paesaggio (LPN; RS 451.000). Le suddette circostanze sono presenti in circa il 10% delle domande EFZ. Il SM non viene quindi coinvolto di principio, bensì a seguito di una situazione territoriale concreta e tenendo conto di uno svolgimento della procedura conforme al diritto. Il Governo ritiene opportuno questo modo di procedere.



In nome del Governo

Il Presidente:

Marcus Caduff

Il Cancelliere:

Daniel Spadin

**Interpellanza di frazione UDC concernente la procedura EFZ semplificata, più competenze ai comuni (primo firmatario Gort)**

Secondo la legge sulla pianificazione territoriale del Cantone dei Grigioni (LPTC) per ottenere un'autorizzazione ordinaria al di fuori della zona edificabile è indispensabile un'autorizzazione dell'autorità cantonale. Ne risulta che gli edifici sottoposti a procedura semplificata non necessitano di un'autorizzazione dell'UST-GR.

Secondo l'art. 40 dell'OPTC «Progetti di costruzione non sottoposti all'obbligo di licenza edilizia» per la procedura semplificata vale quanto segue:

«A condizione che le prescrizioni del diritto materiale vengano rispettate, i seguenti progetti di costruzione non necessitano di una licenza edilizia:

1. lavori di riparazione e di manutenzione ad edifici e impianti utilizzabili in conformità alla destinazione, purché servano soltanto alla conservazione del valore e l'edificio e l'impianto non subiscano una modifica o un cambiamento dello scopo;
  2. modifiche insignificanti all'interno di edifici e impianti ad eccezione di modifiche della superficie utile o del numero di locali, escluso al di fuori delle zone edificabili;
  3. destinazioni ad altro scopo senza ripercussioni rilevanti sull'ordinamento di utilizzazione, escluso al di fuori delle zone edificabili;
  4. ricopertura dei tetti con materiale di copertura identico o simile;
  5. edifici con un volume fino a 5 m (piccoli fabbricati), nonché tettoie per biciclette con una superficie di base fino a 4,0 m<sup>2</sup>;
- [...]

Con un'interpretazione positiva per l'autorità comunale, molto potrebbe essere considerato e interpretato come manutenzione nonché essere approvato direttamente dai comuni. Anche il punto 4 lascia un margine di manovra come auspicato dall'osservatore. Se in caso di EFZ ora si desiderasse decidere di più direttamente a livello comunale, sarebbe auspicabile quanto segue:

- a. Le modifiche all'interno di edifici e impianti rientrano in linea di principio nelle competenze del comune. A questo proposito la legislazione del Cantone è chiara.
- b. In linea di principio la ricopertura dei tetti deve rientrare nella competenza del comune. A questo proposito la legislazione del Cantone è «relativamente» chiara.
- c. Fino a una certa dimensione, le aperture/finestre dovrebbero essere possibili anche senza chiedere un riscontro all'UST-GR/al Servizio monumenti.
- d. Modifiche su richiesta delle autorità (UAG, UNA ecc.) devono essere approvate a livello comunale, senza che debbano essere autorizzate dall'UST-GR.
- e. Sarebbe molto utile se il Servizio monumenti non venisse coinvolto nella decisione dell'UST-GR per principio, ma esclusivamente in caso di edifici che sono stati dichiarati degni di protezione o degni di essere conservati.

La frazione UDC si rivolge al Governo con le seguenti domande:

1. Il Governo è d'accordo con noi che i tempi di elaborazione delle procedure EFZ sono in parte molto lunghi, troppo lunghi?
2. Il Governo è d'accordo con noi che grazie a più competenze delegate ai comuni per quanto riguarda gli EFZ l'UST-GR verrebbe sgravato?
3. Il Governo sostiene l'opinione secondo cui, facendo valere che si tratta di una manutenzione, un numero relativamente elevato di edifici fuori dalla zona edificabile potrebbe essere approvato a livello comunale?
4. Il Governo potrebbe immaginarsi di affidare più competenze relative agli EFZ ai comuni per quanto riguarda i punti da a. a d.?
5. Il Governo è d'accordo con noi che un coinvolgimento generale del Servizio monumenti non è né redditizio né opportuno?

Coira, 8 dicembre 2021

**Gort, Hefti, Dürler, Brandenburger, Della Cà, Favre Accola, Grass, Hug, Koch, Salis, Renkel, Stocker**